

Wir wollen gute Nachbarn sein Redemanuskript

Reden/Artikel

Wir wollen gute Nachbarn sein

Redemanuskript von Gert Weisskirchen zur Haushaltsberatung des Etats des Auswärtigen Amtes, Deutscher Bundestag, 8. September 2004

Es sollte ein Tag der Hoffnung werden, der 1. September in Beslan, Ossetien. Kinder wollten ihren Weg beginnen. Er sollte in eine bessere Zukunft führen. Ihre Eltern wollten sie begleiten. Terroristen aber ermordeten ihre Hoffnung. Das Ungeheuerliche ist: sie haben ein Tabu zerbrochen - Kindern soll die Chance geraubt werden auf ein selbstbestimmtes Leben. Der Tod in der Hand von Terroristen löscht wahllos aus: die Zivilität, die Normalität, den Frieden.

Der Terrorismus aber darf nicht siegen, nirgends. Nichts rechtfertigt ihn. Wer terroristisch handelt, zerstört das politische Ziel, das er vorgibt zu verfolgen. Das Sterben in Beslan erfüllt uns mit Entsetzen.

Leo Tolstoi beschrieb in seinem Roman „Hadschi Murat“ die offenen Wunden, die das russische Imperium Tschetschenen zugefügt haben:

„Das Gefühl, das alle Tschetschenen, vom jüngsten bis zum ältesten, ihnen (den Russen) gegenüber empfanden, war stärker als Hass.“ Nicht Hass, schrieb Tolstoi, sondern ein „Gefühl von Abscheu und Ekel“, ein „fassungsloses Erstaunen über die sinnlose Grausamkeit“ habe sie erfasst. Das ist 100 Jahre her. Der Terror Stalins folgte wenig später. Heute erschüttern Russland terroristische Anschläge. Gestern ist die zweitägige Staatstrauer beendet worden. Vielleicht beginnt jetzt ein Nachdenken, das den Kreislauf der Gewalt endlich durchbricht, das den Weg ebnet für politische Lösungen. Könnte nicht dazu beitragen, wenn der vormalige Präsident Maschadow demonstrativ die Extremisten in Tschetschenen zu einem einseitigen Waffenstillstand aufriefe?

Wege ebnen, die zu politischen Lösungen führen, damit Frieden möglich wird - das ist, worauf sich die deutsche Außenpolitik verpflichtet hat. Das ist der tiefere Grund, warum die EU von verantwortungsbewussten Politikern gebaut worden ist: Frieden schaffen. 50 Jahre werden es bald her sein. Und trotz all' der Probleme, an denen zu arbeiten ist: Europa, das soviel Leid über sich und andere gebracht hat - und wir Deutsche waren zu häufig die Ursache dafür - diesen Kontinent sehen viele von außen als Ort der Zuflucht vor Gewalt, als Heimstatt der Sicherheit. Die EU ist zu einem Modell geworden. Vor drei Monaten ist sie größer geworden. Mit Bulgarien und Rumänien wird über den Beitritt verhandelt. Slowenien war die erste Republik des früheren Jugoslawien, die von der EU aufgenommen wurde. Kroatien hat eine realistische Chance und andere werden diesen Beispielen folgen, wenn sie die Kriterien erfüllen. Die Europäische Union zu kräftigen, sie zu reformieren, sie demokratischer zu machen, bürgernah und ihr Handeln effektiver - darauf haben sich ihre Mitglieder im Verfassungsvertrag verständigt. Den Verfassungsvertrag zu ratifizieren liegt in deutschem und zugleich im europäischen Interesse. Ich freue mich darauf, die Ratifikation des Verfassungsvertrags zu verbinden mit einem großem, einem historischen Gewinn an Demokratie. Jetzt kommt es auf Sie an, den Bürgerinnen und Bürgern der BR Deutschland die Chance zu öffnen, dass Sie selbst über den Verfassungsvertrag entscheiden. Der Verfassungsvertrag fasst die Institutionen neu.

Der politische Wille des Konvents hat ihn geschaffen, mittelbar gesteuert durch die Regierungen, gestützt durch die Parlamente, locker begleitet durch Berater der zivilen Gesellschaften. Jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger das Wort, wenn wir bereit sind, das Grundgesetz zu ändern. Endlich haben wir, die Abgeordneten die Chance, in einem offenen Gespräch für die Zustimmung des Verfassungsvertrags zu werben. So wächst heran, was als Mangel bisher beklagt wurde: ein europäischer Demos. So wird die Europäisierung des demokratischen Verfahrens verwandelt in eine Demokratisierung des europäischen Verfahrens.

Ob wir aber in der EU in Frieden leben können, wird nicht allein in der EU entschieden. Das ist der Grund, warum wir uns in sechs Konflikten dafür einsetzen, dass Frieden möglich wird.

Über 7000 Soldatinnen und Soldaten helfen mit, dass Menschen in Südosteuropa, in Afghanistan, am Horn von Afrika, in größerer Sicherheit leben können. Wir danken den Angehörigen der Bundeswehr für ihre Arbeit. Und wir danken den Tausenden von Angehörigen ziviler Organisationen, die in weiten Teilen der Welt mit ihren Fähigkeiten zeigen, dass Deutschland und Frieden Begriffe sind, die nicht mehr auseinander fallen.

In allen genannten Konflikten sollen Staaten neu aufgebaut werden nach einer externen Militärintervention. Der vorangegangene Zerfall von Staaten hatte kriminelle Kräfte frei gesetzt. Sie eroberten die Staaten mit Gewalt von innen.

Terror setzten sie ein, auch nach außen. Mit der politisch ungesteuerten Globalisierung wachsen die Gefahren sich verbreitender Massenvernichtungswaffen, des Menschenhandels, der organisierten Kriminalität, der Privatisierung der Gewalt bis hin zum Entstehen von Gewaltmärkten. Das ist eine gefährliche Dynamik. Sie treibt das Weltgeschehen in einen Strudel globaler Risiken. Hier setzt die Außenpolitik der BR Deutschland an. Wir stärken die EU, damit wir einen Raum schaffen für bald eine halbe Milliarde Menschen, die in Freiheit und in Sicherheit leben können. Eine starke EU wird, gemeinsam mit anderen, die internationalen Institutionen reformieren, damit Grundelemente einer fairen globalen Ordnung erkennbar werden.

Machen wir uns nichts vor: über ein Jahr nach dem Beginn des Irak- Kriegs kristallisiert sich immer deutlicher ein zentrales Problem heraus, das Problem der Legitimation. Francis Fukuyama hat kürzlich in The National Interest die Kernfrage gestellt, ob die USA den Irak in eine Demokratie nach westlichem Vorbild transformieren und davon ausgehend den weiteren Nahen Osten demokratisieren könne. Das sei „exzessiver Idealismus“. In der Tat: Macht schöpft sich nicht allein aus Macht. Macht braucht Zustimmung, nicht nur im nationalen Kontext, auch international. John B. Judis knüpft an die jüngste Debatte an, wie sie auch von Niall Ferguson belebt wurde, in wie weit die USA Erbe des britischen Empires sei. Judis spitzt zu: wie kann es den USA gelingen, eine aktive Führerschaft aus zu üben und zugleich ihr Ziel verfolgen, dass die Welt friedlich und demokratisch wird.

Und dies, ohne die gefährliche Dialektik wieder zu beleben, von der die europäische Geschichte geprägt war, nämlich, dass imperiale Mächte, den nationalen Widerstand gegen eben diese hervorgerufen hatte. Ist das nicht eines der Probleme, denen die USA begegnen muss? Lee Hamilton, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses im Kongress, der sich mit den Lehren vom 11. September befasst sagt selbstkritisch: „Wir können uns oft gar nicht vorstellen, in welchem Maße unsere Politik Zorn in der Muslimischen Welt auslöst.“ Eine der unbeabsichtigten Folgen des Irak-Kriegs ist, dass in Teheran von einer gestärkten hegemonialen Rolle Irans geträumt wird. Die islamische Führung treibt die Nuklearisierung voran und

arbeitet intensiv an Trägerwaffen. Der hegemoniale Traum wird zu einem Albtraum für die Welt, sollte der Brennstoffkreislauf geschlossen werden. Im Innern treibt der Iran auf einen gefährlichen Konflikt zu. Der Wille zur demokratischen Mitbestimmung wächst, zivilgesellschaftliche Gruppen verlangen danach, andererseits verletzt das Regime Menschenrechte und versucht das demokratische Aufbegehren zu unterdrücken.

London, Paris und Berlin haben mit Teheran Abkommen vereinbart, die voll eingehalten und strikt umgesetzt werden müssen. Die Internationale Atomenergiebehörde beklagt im Bericht ihres Generaldirektors, der Iran habe nicht vollständig und nicht wie zeitlich verabredet kooperiert und auch nicht proaktiv. Teheran muss sich rasch entscheiden.

Will es die eingegangenen Verpflichtungen einhalten und sich konstruktiv beteiligen an der Lösung regionaler Konflikte oder will es wieder anknüpfen an das Ziel Chomeinis, die islamistische Revolution zu exportieren?

Auch dieses Beispiel zeigt, wie Deutschland seine Rolle versteht: politisch zu handeln, damit gefährliche Konflikte nicht ausbrechen. Multilateral zu handeln hat dabei für uns prinzipiell Vorrang. Deshalb begrüßen wir, dass die Reform der UNO Ende diesen Jahres auf der Tagesordnung stehen wird. Zwei Jahre hat Deutschland im SR mitgearbeitet. Das Ansehen D ist in dieser Zeit beträchtlich gewachsen. Das internationale System muss umgestaltet werden im Sinne eines effektiven Multilateralismus, der Unilateralismus überflüssig macht und wirksame Prävention wie auch notfalls Präemption unter engen Grenzen im Rahmen der Charta ermöglicht. D hat erheblich dazu beigetragen, dass die nichtständigen Mitglieder des SR sich besser abgestimmt haben. Sie spielten daher eine größere Rolle in den Beratungen. Die Arbeit des SR ist transparenter geworden. Der SR ist nicht an den Rand geschoben worden. Im Gegenteil: er hat sich seine Autorität als globales Forum neu erworben. Er wurde zur weltweiten Agora, als in ihm die Argumente aufeinander prallten, ob der Irak- Krieg zu rechtfertigen sei. Daran hat D entscheidend mit gewirkt.

Deutschland hat in diesen beiden Jahren hinzu gelernt und Freunde gewonnen. Der amtierende Präsident Afghanistans gehört dazu. Hamid Karzai und mit ihm 16 Kandidaten sowie die einzige Frau, Masuda Jalal stellen sich den Wählerinnen und Wählern.

Was ist das für ein Erfolg: Über 10 Millionen Wähler haben sich registrieren lassen, 40 % davon sind Frauen. Das zeigt: die Menschen wollen ihre politische Zukunft in die eigene Hand nehmen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn ein Klima der Sicherheit im Land herrscht, dass die Angst vertreibt. Dafür stehen die Angehörigen der BW in ISAF, dafür engagieren sich deutsche Soldatinnen und Soldaten in Kundus und in Faisabad. Dafür arbeiten ebenso engagiert eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen und VN- Organisationen mit zivilen Aufbauprojekten. Allein in der Provinz Badakshan sind es 20. Auch die Taliban haben ihren Wahlkampf begonnen. Für sie ist es ein Kampf gegen die Wahl. Sie wollen Afghanistan in den Terrorismus zurück bomben. Das wird internationale Staatengemeinschaft unter der Regie der UNO abwehren. Und D wird ein verlässlicher Partner bleiben, weil wir ein Wort von Willy Brandt beherzigen: Wir wollen gute Nachbarn sein, nach Innen und nach Außen.

Veröffentlicht am 08.09.2004